

Wolfgang Uellenberg-van Dawen

Im Dienstleistungssektor liegt die Zukunft

Der Satz des früheren BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel, Deutschlands Zukunft könne nicht darin liegen, sich gegenseitig die Haare zu schneiden, spitzte in den 90er Jahren eine gesellschaftliche Debatte zu, die den Vorrang der Industrie vor den Dienstleistungen betont. Wie es heute um den Dienstleistungssektor in Deutschland steht und ob in ihm die Zukunftshoffnung des Arbeitsmarktes liegt, erläutert unser Autor.

Für das Argument, das den Vorrang der Industrie vor den Dienstleistungen betont, spricht einiges: Eine hochmoderne und produktive Industrie trägt einen erheblichen Teil zur Wertschöpfung bei. Vor allem als Exportweltmeister hat Deutschland die Weltwirtschaftskrise besser überstanden als andere Länder mit weniger Industrie. Regionen mit einem hohen Industrieanteil stehen in ihrer Arbeitsmarktbilanz besser da als deindustrialisierte Regionen wie große Teile Ostdeutschlands, das nördliche Ruhrgebiet oder das Saarland. Und nicht zuletzt ist das wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Leitmotiv parteiübergreifend von CDU bis SPD unter Einbeziehung von Teilen der Grünen von industriepolitischen Visionen bis hin zum ökologischen Umbau geprägt: Elektromobilität, erneuerbare Energien und neue Technologien sollen im Sinne einer »Besserstatt-Billiger-Strategie« die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie stärken.

Die Zukunftshoffnung Deutschlands ausgerechnet im Dienstleistungssektor zu vermuten, erscheint demgegenüber schon vermessen. Gleichwohl sprechen ebenso gewichtige Gründe für eine andere Sichtweise und für eine Neuausrichtung der Politik. Neuausrichtung bedeutet indes keinen radikalen Systemwechsel. Es geht nicht um die Abschaffung der Industrie, den Abbau von Fördermitteln oder die Umwandlung von Industrieregionen in Kulturlandschaften mit ökologischem Landbau und Tourismus. Es geht in dieser Debatte zuerst einmal um die Wahrnehmung



Wolfgang Uellenberg-van Dawen

(* 1950) ist seit 1982 in verschiedenen Funktionen im DGB-Bundesvorstand tätig, 2001 bis 2008 DGB-Regionvorsitzender in der Region Köln und seit 2008 Bereichsleiter Politik und Planung in der ver.di Bundesverwaltung im Ressort des Vorsitzenden.

wolfgang.uellenberg@verdi.de

eines tiefgreifenden Strukturwandels von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Dienstleistungen. So sind heute mehr als 70 % aller Erwerbstätigen in den Dienstleistungen beschäftigt, und der Anteil der Dienstleistungen an der wirtschaftlichen Wertschöpfung liegt bei über 72 %.

Dies ist im Wesentlichen drei Entwicklungen geschuldet: Erstens verschwimmen die Grenzen zwischen Industrie und Dienstleistungen. Fachleute sprechen heute von einer hybriden Wertschöpfung. Kein Automobil verlässt die Fabrik, ohne dass nicht von der Forschung, über die logistischen Ketten bis hin zu Werbung, Marketing, Vertrieb und Finanzierung eine Vielzahl von Dienstleistungen erbracht wurden. Gleiches gilt für den Maschinenbau, der vor allem im Export mit Dienstleistungen Wettbewerbsvorteile erringt. Hybride Wertschöpfung durch Innovationen, durch die Verbindung von Technik mit einer Vielzahl von Dienstleistungen, ist das Erfolgsgeheimnis in der Informations- und Kommunikationstechnik-Branche (IKT). Tablets, Smartphones und ähnliches haben einen Wert als Dienstleistungsträger. Nicht umsonst spricht die EU von »Products and

Services«. IKT ermöglicht zudem den Export von Dienstleistungen und umgekehrt ihren Import etwa bei Fluglinien und Entwicklungszentren.

Zweitens wachsen Technologien und Dienstleistungssysteme zusammen: So ist Mobilität eine Dienstleistung, die gut organisiert werden muss. Ein Beispiel hierfür ist die Deutsche Bahn, bei der High-Tech-Züge für sich genommen bekanntlich nicht Pünktlichkeit garantieren, sondern vielmehr die Organisation des Fernverkehrs besser werden muss. Gleiches gilt für viele andere Branchen. So beschäftigt die Logistikbranche heute mehr als eine Million Menschen; davon transportieren geschätzte 15 % Güter für die Industrie, der überwiegende Teil aber ist in der Logistik für Dienstleistungsunternehmen und in der Personenbeförderung tätig. Während sich zudem die Vision von Bundeskanzlerin Angela Merkel von einer Million Elektroautos auf deutschen Straßen allmählich verflüchtigt, wird der öffentliche Nahverkehr neben dem E-Bike zum Referenzträger der Elektromobilität. Auch die Energiewende wird sich ohne neue Dienstleistungen und Dienstleistungssysteme, etwa bei der Energieeinsparung, nicht bewältigen lassen. Neue Techniken krepeln zugleich die Welt der klassischen Dienstleistungen grundlegend um; Beispiele dafür sind der elektronische Versandhandel und Bankautomaten. Aber auch dort, wo Menschen direkt für ihre Kunden Dienstleistungen erbringen, wird Arbeit durch Technik ergänzt. Das Gesundheitswesen wird seine Leistungsfähigkeit nur dann steigern können, wenn es besser organisiert und neue Technologien menschengerecht mit Dienstleistungen verbunden werden.

Drittens wächst der Anteil der Dienstleistungen, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unentbehrlich sind: Wurden noch bis in die 70er Jahre hinein viele haushaltsnahe Dienstleistungen vor allem von Frauen in den Familien ohne Bezahlung erbracht, so hat die steigende Erwerbs-

tätigkeit der Frauen, aber auch die zunehmende Entgrenzung der Arbeitszeiten zu einem steigenden Bedarf dieses besonderen Typs von Dienstleistungen geführt: Erziehung, Bildung und Pflege müssen mehr und mehr als bezahlte und bezahlbare Dienstleistung erbracht werden. Der klassische, auf Transfer beruhende Sozialstaat wird durch einen Transfer- und dienstleistungsorientierten Wohlfahrtsstaat abgelöst. Wie weit dies gehen kann, zeigt mit einigem Erfolg das skandinavische Beispiel. Geringe Arbeitslosigkeit, die hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen und ein weitgehend bewältigter demografischer Wandel beruhen auf einem umfangreichen Dienstleistungssektor.

Die Perspektive des »Arbeitskreises Dienstleistungen« der Gewerkschaft Ver.di und der Friedrich-Ebert-Stiftung, wonach der Strukturwandel zu einer technologisch gestützten Dienstleistungsökonomie führt, kann schon bald Realität werden. Wenn daraus eine Zukunftshoffnung werden soll, so stellt sich die Frage nach der Qualität der Dienstleistungen.

Um die beklagte Lücke zwischen den Dienstleistungssektoren in den USA und in Deutschland zu schließen, hatten sowohl die Regierung Kohl als auch die Regierung Schröder auf den Ausbau des Niedriglohnssektors gesetzt. Da Dienstleistungen, vor allem die personenbezogenen, als unproduktiv galten, sollten geringe Löhne und ein hohes Maß an flexiblen Arbeitskräften dazu beitragen, Dienstleistungen aus- und Arbeitslosigkeit abzubauen. Dazu dienten die »Ich AG«, die deregulierte Leiharbeit, Minijobs, vermehrte Teilzeit und die Hartz IV-Gesetzgebung. Entstanden sind viele Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor, der inzwischen 20 % aller Beschäftigten erfasst. Ausgeweitet haben sich untypische Beschäftigungsformen, in denen heute jede zweite erwerbstätige Frau und 40 % der erwerbstätigen Männer arbeiten. Niedriglohnsektor und untypische Beschäftigung kann man heute in allen Wirtschaftssektoren

ren finden, vor allem in privatwirtschaftlichen, aber zunehmend auch im öffentlichen Dienstleistungssektor und bei freien, gemeinnützigen Arbeitgebern, etwa bei Wohlfahrtsverbänden. Untypische Beschäftigung reicht zudem bis weit in die Hochschulen hinein. So sind 85 % aller wissenschaftlichen und auch ein erheblicher Teil aller nicht wissenschaftlichen Angestellten befristet und in Teilzeit beschäftigt.

Die sozialen Folgekosten – etwa für zusätzliche Sozialhilfeleistungen – sowie die Steuerausfälle betragen insgesamt rund 50 Milliarden Euro pro Jahr. Die Lebensperspektiven vieler Menschen sind unsicher, niedrige Löhne, mangelnde Sicherheit und steigende Belastungen führen zur Abwanderung von Fachkräften und zu einem Fachkräftemangel, sei es in der Pflege, den sozialen Berufen oder bei den öffentlichen Dienstleistungen.

Qualität wurde vernachlässigt

Die Kehrseite der quantitativ betrachteten »Erfolgsstory der Agenda 2010« ist die systematische Vernachlässigung von Dienstleistungsqualität und Dienstleistungsinnovation. Denn wo Arbeitskraft billig zu haben ist, mangelt es an Investitionen und Innovationen. Eine eigenständige Dienstleistungsforschung kam, trotz wachsender Bedeutung von Dienstleistungsinnovationen, über ihre Randständigkeit in der staatlichen Forschungsförderung bisher nicht hinaus.

Der sich anbahnende Fachkräftemangel ist ein Ergebnis der geringen Wertschätzung und einer arbeitspolitischen Fehleinschätzung. Gefragt ist keine Dienstbotenschicht für hochqualifizierte Industrie- und Dienstleistungstätigkeit, sondern eine breite Schicht von qualifizierten Dienstleistungsfacharbeiterinnen und -facharbeitern. Nur langsam dringt dieses Erkenntnis bis in die Berufsbildung, etwa in die Ausbildung von Pflegekräften, durch. Die nötige Neuausrichtung von Wirtschafts-,

Forschungs- und Arbeitsmarktpolitik hat zum Ziel, Dienstleistungen und Dienstleistungssysteme durch Investitionen auszubauen. Außerdem geht es darum, Dienstleistungsarbeit zu professionalisieren, ihre Produktivität zu verbessern und vor allem Dienstleistungsarbeit materiell und ideell aufzuwerten. Gute Arbeit ist Voraussetzung für gute Dienstleistungen.

Entgegen der Herkunft des Wortes Dienstleistung von Dienst oder Dienen hat diese Arbeit einen ebenso hohen Wert wie die Arbeit in der Produktion. Gute Dienstleistungen schaffen ein Gut für die Nutzerinnen und Nutzer, sei es gute Pflege, gute Bildung, eine gute kundenorientierte Beratung, eine schnelle Lieferung für ein Unternehmen oder ein pünktliches Verkehrsmittel. Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen sind zudem vielfach öffentliche Güter. Sie müssen für alle Menschen zugänglich, bezahlbar und in guter Qualität angeboten werden. Vor allem Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsfürsorge und Daseinsvorsorge, und dazu gehört auch die Kultur, sind in den Kommunen und Ländern für gute Lebensbe-

dingungen unverzichtbar. Dies wirft die Frage nach den Kosten und damit nach den politischen Weichenstellungen auf. Hier muss in vielem umgedacht werden. Wir können uns auf Dauer nicht gegenseitig die Haare schneiden. Aber angesichts eines kriselnden Euroraums und einer von wirtschaftlichen Ungleichgewichten, instabilen Finanzmärkten, ökologischen Krisen, politischer Unsicherheit und Kriegen geprägten globalen Ökonomie ausschließlich auf den Export von Industriegütern zu setzen, ist ebenso wenig realistisch. Ebenso wichtig ist, die Nachfrage im Inland nach öffentlichen privaten Gütern und Dienstleistungen mit guten Arbeitsbedingungen anzukurbeln. Eine neue Balance zwischen der Exportindustrie und der Stärkung der öffentlichen und privaten Nachfrage im Inland öffnet den Weg für eine soziale und ökologische Entwicklung, für Wachstum, Beschäftigung und Lebensqualität gleichermaßen. Dies ist dann nicht mehr nur Zukunftshoffnung, sondern eine Gestaltungsaufgabe für die Wissenschaft, für Unternehmen, für Gewerkschaften und für die Politik. ■

Manuela Schwesig

Mutti kocht, Vati arbeitet – wie kommen wir aus der Zeitschleife?

Die Logik der permanenten Selbstaussbeutung und beruflichen Totalverausgabung steht im Widerspruch zu den Anforderungen der Familie. Es müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie kein Dauerspagat ist.

Manuela Schwesig

(* 1974) ist Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales in Mecklenburg-Vorpommern und stellv. Vorsitzende der SPD.

manuela.schwesig@spd.de



Familien brauchen Zeit: Eltern brauchen Zeit für ihre Kinder, Partner brauchen Zeit miteinander, Mütter und Väter brauchen auch einmal Zeit für sich selbst. Doch genau daran mangelt es ihnen heute offenbar. Von Forschungsinstituten befragt, äußern die meisten Eltern, dass sie sich mehr Zeit für die Bewältigung der Fami-